

Die Ohrfeige kam für die politisch interessierten Bürger Russlands unerwartet früh: Während des Parteitags von „Einiges Russland“ am 24. September 2011 erfuhr die Öffentlichkeit aus heiterem Himmel vom geplanten Ämtertausch zwischen Präsident Dmitrij Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin. Als Folge dieser konspirativ vorbereiteten Rochade fielen die Putin-Versteher kurzfristig in eine Schockstarre. Tatsächlich hatten die ansonsten hervorragend über die innenpolitischen Ereignisse informierten russischen Zeitungen – wie *Kommersant* oder *Nezawisimaja gazeta* – von dieser Aktion nichts gewusst. Stattdessen waren Experten, hohe Parteifunktionäre und Regierungsmitglieder, zu Wort gekommen, die unisono bestätigten, dass dieser Parteitag unspektakulär verlaufen würde.

Als Beleg für den gelungenen Überraschungscoup kann auch die spontane Reaktion des ansonsten sehr beherrschten Alexej Kudrin gelten, den Putin einen „guten Kameraden und echten Freund“ nennt. Als Finanzminister hatte er mehr als zehn Jahre das überschuldete Russland saniert. Am 24. September weilte er in Washington und ließ sich dort zu der Aussage hinreißen, unter Ministerpräsident Medwedew werde er auf keinen Fall arbeiten. Dabei ist es für russische Regierungsmitglieder tabu, im Ausland innenpolitische Entscheidungen zu kritisieren.

Obwohl Russlands Bürger diesen Ämtertausch nicht hätten verhindern können, wirkte er wie ein Weckruf auf die

entstehende Bürgergesellschaft. Denn bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Regierenden mithilfe imitiert demokratischer Institutionen und regelmäßig stattfindender Wahlen zumindest den Schein gewahrt, dass das Volk an der Politik beteiligt werde. Jetzt blies der Wind Putin plötzlich direkt ins Gesicht: In Moskau und in anderen großen Städten meldeten sich die Bildungsbürger zu Wort und stürzten das Land in eine politische Krise. Diese teilweise mit Ölgeldern zufriedengestellte kleine „neue Mittelschicht“ – darunter „Kreative“, Lehrer, Wissenschaftler und Selbstständige – registrierte ohnmächtig, dass ein bürokratischer Staat sie ihrer verfassungsmäßigen Rechte dreist zu berauben suchte.

In den letzten zehn Jahren hatten sich in Russland entweder rechtsnationalistische oder linksradikale neobolschewistische Gruppierungen lautstark zu Wort gemeldet. Sie wurden in den deutschsprachigen Medien fälschlicherweise häufig als demokratische Bewegungen bezeichnet. Deren Demos und Sitzstreiks hatte die Polizei stets mit stiller Zustimmung der Bevölkerung auflösen können. Dieses Mal zögerte der Kreml jedoch, gegen die neue und kaum organisierte demokratische Protestbewegung (bekannt auch als „weiße Bewegung“, benannt nach der weißen Schleife, die ihre Anhänger tragen) Gewalt anzuwenden. Hatte Putin die Demonstranten zunächst als von den USA bezahlte Aufrührer beschimpft, verzichtete er später auf derartige Behauptungen. Schließlich befand

den sich unter ihnen Putins „Kamerad und Freund“, Ex-Finanzminister Alexej Kudrin, oder die ebenso berühmte wie umstrittene TV-Moderatorin Ksenija Sobtschak. Sie ist die Tochter Anatolij Sobtschaks, also Putins politischen Ziehvaters und ehemaligen Gouverneurs von Sankt Petersburg.

Zwanzig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion warten folgende Fragen immer noch auf eine Antwort: Kann es ein freiheitlich-demokratisch regiertes Russland geben? Kommt der postkommunistische Vielvölkerstaat ohne eine „harte Hand“ aus? Wäre Russland ohne Wladimir Putins Politik der „Konsolidierung des Staates“ heute ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen?

Der 4. Dezember 2011 oder das „grenzenlose Verbrechen“

Einer der einflussreichsten russischen Politiker des neunzehnten Jahrhunderts, der Monarchist Konstantin Pobedonozew, war zutiefst davon überzeugt, dass eine parlamentarische Demokratie mit der russischen Seele unvereinbar sei. Auch wenn diese Meinung derzeit in Russland nur noch sehr wenige teilen, suchte die politische Führung unter Präsident Wladimir Putin seit dem Jahr 2000 einen „russischen Sonderweg“ in Gestalt einer „gelenkten Demokratie“ durchzusetzen. In diesem von Putin kreierten System kommt den Parteien keine wichtige Rolle zu, meint der renommierte Kölner Osteuropa-Historiker Gerhard Simon. Schon Präsident Boris Jelzin habe die Etablierung starker Parteien verhindert, da sie über das Parlament die Macht des Präsidenten hätten beschränken können. Deshalb gründet die Exekutive regelmäßig sogenannte „Parteien der Macht“ (unter Jelzin „Unser Haus Russland“, unter Putin umbenannt in „Einiges Russland“), die vor allem der Politik des jeweiligen Präsidenten in der Duma zur Mehrheit verhelfen sollen.

Obwohl die Umfragen regelmäßig eine breite Akzeptanz für das Präsidialsystem in allen Schichten der Bevölkerung ergeben, gibt es gleichzeitig in Russland eine starke Unzufriedenheit mit den staatlichen Institutionen. Dies weist auf eine Kluft zwischen Regierenden und Regierten hin, bemerkt Simon. Die Regionalwahlen zu den Landesparlamenten im März 2011 bestätigten diese These: Die Regierungspartei „Einiges Russland“ wurde überall abgestraft und bekam in einigen Föderationssubjekten weniger als vierzig Prozent der Stimmen. Vor diesem Hintergrund war das bei der Parlamentswahl am 4. Dezember 2011 erzielte Ergebnis von 49,32 Prozent der Stimmen (2007 waren es 75 Prozent) keine Überraschung. Schließlich lasteten die Bürger der Regierungspartei auch ihre schlechteren Lebensbedingungen infolge der Weltfinanzkrise an.

Dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland das Abschneiden der Regierungspartei „Einiges Russland“ bei der Dumawahl als „überraschende“ Niederlage bewertete, ist angesichts der Vorgeschichte durchaus bemerkenswert. Tatsächlich hätte es jedem Russland-Kenner spätestens seit März 2011 klar sein müssen, dass sich die Regierungspartei glücklich schätzen muss, wenn sie erneut als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgeht.

Erreicht wurde dieses Ergebnis nicht zuletzt durch Wahlfälschungen, wie von der Opposition eingesetzte russische Wahlbeobachter feststellten. Sogar der Putin-Intimus Sergej Mironow aus Sankt Petersburg – er war Vorsitzender des Föderationsrates und Gründer der kremltreuen Partei „Gerechtes Russland“ – bezeichnete die Wahlen als „polnyj bespredeł“. Das bedeutet im kriminellen Jargon „grenzenloses Verbrechen“. Laut Wahlbeobachtern hat die Regierung die ihr zur Verfügung stehenden „administrativen Ressourcen“ schamlos benutzt,

zudem gingen massive Wahlfälschungen auf ihr Konto.

Dass die Regierungspartei bei der Dumawahl die verfassungsändernde Mehrheit verfehlte, ist für Putins Machterhalt nicht entscheidend. Bereits vor vier Jahren hatte er darauf verzichtet, sich mit der damals vorhandenen verfassungsändernden Mehrheit zum Präsidenten auf Lebenszeit küren zu lassen. Wichtig ist für Putin allein, dass ihm treu ergebene Parteien die Staatsduma kontrollieren. Dazu gehören neben „Einiges Russland“ die vom Kreml gegründeten Parteien „Gerechtes Russland“, um das linke Spektrum abzudecken, und die rechts-populistische Liberal-Demokratische Partei unter Führung von Wladimir Zirinowskij. Diese „Block-Parteien“ sowie die Kommunistische Partei zählen zur „systemtreuen Opposition“.

Daneben gibt es eine außerparlamentarische beziehungsweise eine „außerhalb des Systems stehende Opposition“. Dazu gehören die vom Justizministerium nicht registrierten und deshalb nicht zu den Wahlen zugelassenen Parteien „Parnas“, „Linke Sache“ sowie andere demokratische, aber auch links- und rechtsradikale Parteien und Organisationen. International bekannt ist der Korruptionskritiker, Anwalt und Blogger Alexej Navalnyj. Seine Bewertung der Regierungspartei „Einiges Russland“ als Partei der Diebe und Ganoven stieß in Russland auf große Zustimmung. Er war es auch, der die neue russische Internet-Community und die „kreative Mittelschicht“ zu öffentlichen Protesten aufrief. Was die Mächtigen vom verfassungsmäßig garantierten Recht auf Demonstrationsfreiheit halten, zeigt der entlarvende Satz Putins, der die demokratischen Proteste als Umzüge zur Unterstützung der HIV-Infizierten abqualifizierte.

Die Partei „Einiges Russland“, deren Vorsitzender der parteilose Wladimir Putin war, ist ein Sammelbecken aus Ver-

tretern der politischen Administration vor Ort und damit der korrupten Bürokratie. Die Abstrafung von „Einiges Russland“ bei der Dumawahl steht in direktem Zusammenhang mit Putins massivem Popularitätsverlust. Schließlich deckt seine Politik die Korruption. Deshalb distanzierte er sich frühzeitig von der Partei und initiierte im Mai 2011 die Gründung einer parteiübergreifenden Volksfront, die ihn bei der kommenden Präsidentschaftswahl im März 2012 unterstützen sollte. „Alle Menschen, die bereit sind, unser Land zu stärken und uns bei der Suche nach den besten Lösungen für die vor uns liegenden Aufgaben zu helfen“, sollten der Allrussischen Volksfront beitreten. Diesen Aufruf verband Putin mit Hinweisen auf den „Tag des Sieges“, gemeint ist der 9. Mai, und die Schlacht um Stalingrad, um so die Bedeutung der Wahl herauszustellen. Bei der Präsidentschaftswahl gehe es also um nicht weniger als um die Rettung des Vaterlandes: „Wir, die Patrioten Russlands“, gegen „die anderen“, die nach der US-Pfeife tanzen und Russlands Aufstieg verhindern wollen.

Vor dem Urnengang war die langjährige Moskau-Korrespondentin Sabine Adler kreuz und quer durchs Land gereist. Dabei bekam sie einen realistischen Eindruck vom harten, entbehrungsreichen Leben des einfachen Volkes, von dem im Staatsfernsehen mit seinen geschönten Bildern nichts zu sehen ist. Sie glaubt, das Riesenreich spiele mit seiner Zukunft, weil es aus seiner Vergangenheit zu wenig gelernt habe. Adler weist zu Recht darauf hin, dass die führende politische Klasse vor allem Beobachter aus dem westlichen Ausland glauben machen wolle, Fremde könnten die komplexe „russische Seele“ nicht verstehen. Auch passe das europäische Demokratie-modell nicht zum christlich-orthodox geprägten Volkscharakter: Die Russen brauchten nun einmal eine feste Hand.

Ein autoritär regierender Präsident an der Spitze des Staates sei deshalb für das Land die beste Lösung.

Folgerichtig beharrt Präsident Putin auf seinem „Sonderweg“ der russischen Demokratie, die er gern als „souveräne Demokratie“ mit einer „Vertikale der Macht“ bezeichnet. Sabine Adlers Verdienst ist es, dieses angeblich zu Russland und den Russen passende Modell als Mythos zu entlarven. Der einzige Sinn und Zweck dieser propagandistischen Äußerungen bestehe darin, den Massen klarzumachen: Es reicht, wenn ihr euch nur um eure privaten Belange kümmert; die Politik überlasst ihr besser dem Kreml und der regierenden Klasse.

Die Präsidentschaftswahl am 4. März 2012

Wer als Präsidentschaftskandidat in Russland ohne Unterstützung durch eine Duma-Partei antritt, muss gemäß Wahlgesetz zwei Millionen Unterschriften aus mehr als der Hälfte der Föderationssubjekte nachweisen. Diese Hürde konnte nur einer überwinden: der Milliardär Michail Prochorow. Drei weiteren „selbst nominierten“ Bewerbern gelang es nicht, die geforderte Stimmenzahl im Januar 2012 bei der Registrierung vorzulegen. Der Politologe Peter Patze ist davon überzeugt, dass dieses Gesetz gegen den demokratischen Gleichheitsgrundsatz verstößt, der den Bürgern grundsätzlich die gleichen Chancen einräumt, ein politisches Mandat zu erringen. Anhand von dreißig Indikatoren bewertete Patze den Stand der Demokratisierung Russlands und stellte fest, dass „imitierte Institutionen“ nur den Anschein einer Demokratie in einem ansonsten „streng autoritären“ Herrschaftssystem vermittelten. Weder bei der Staatlichkeit noch im Wahl-, Medien- und Justizsystem seien die für Demokratien selbstverständlichen Minimalbedingungen vorhanden. Laut Patze hat die jahrelange planmäßige Ungleich-

behandlung der politischen Lager einen „autoritären Teufelskreis“ in Gang gesetzt.

Auch die Soziologen Lev Gudkov und Victor Zaslavsky vom renommierten Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Lewada-Zentrum“ kritisieren die Konzentration der Macht im Kreml und betonen, dass Putin persönlich und sein Umfeld die Herausbildung eines demokratischen Staates verhindert hätten. Ein Kurswechsel sei nicht vorgesehen. Zwar habe Putin in seiner ersten Präsidentschaft (2000 bis 2008) das Riesenreich vor einem möglichen Zerfall und einem weiteren wirtschaftlichen Abstieg bewahrt. Richtig sei aber auch, dass Putins Politik des „starken Staates“, die durch Rohstoffverkäufe finanziert wurde, erst die Etablierung eines autoritären Regimes ermöglicht habe. Damit habe Putins System der „gelenkten Demokratie“ die weitere demokratische Entwicklung des Landes verhindert: Zudem sei es Präsident Putin gelungen, seine politischen Gegenspieler, zuletzt den Präsidentschaftskandidaten der Partei „Jabloko“, Grigorij Jawlinskij, auszuschalten. Das Ergebnis sei ein korrupter, „bürokratischer Autoritarismus“.

Bereits unter der chaotischen Herrschaft Jelzins war die Idee der Demokratie zunehmend in Misskredit geraten. Deshalb hätten sich „viele Russen eine Rückkehr zum alten, vertrauten System des autoritären Paternalismus“ gewünscht, betonen Gudkov und Zaslavsky. Putins „starke Hand“ habe dieses Bedürfnis bedient. Der Ex-Geheimdienstler habe sich als „Mann aus dem Volk“ präsentiert, der für Gerechtigkeit sorgen werde. Immerhin sei es ihm gelungen, die Auslandsschulden Russlands zu tilgen und 600 Milliarden US-Dollar anzusparen. Diese Finanzmittel halfen Moskau, die Weltwirtschaftskrise 2009 bis 2010 zu überstehen.

Auch der Russland-Experte Gerhard Mangott weist zu Recht darauf hin, dass

dank der „Rekonstruktion der Staatlichkeit unter Präsident Putin“, der sich dabei auf den Ressourcenreichtum des Landes gestützt habe, Moskaus Gewicht in der internationalen Ordnung habe stabilisiert werden können. Nicht zuletzt habe die Zentralisierung und Monopolisierung der Macht im Kreml die russische Außenpolitik insgesamt systematischer und berechenbarer gemacht.

Als Hoffnungsträger für die weitere Demokratisierung des Landes galt Präsident Medwedew (2008 bis 2012): Obwohl er es öffentlich ablehnte, eine Demokratisierung des Systems anzustreben, schien Medwedew „den autoritären Kurs seines Vorgängers nicht weiterzuverfolgen beziehungsweise zu vertiefen“, meint der Politologe Patze. Tatsächlich überbewertete der Wissenschaftler – wie viele seiner Kollegen – Medwedews Rhetorik. Vielleicht konnte es auch deshalb zu einer solchen Fehleinschätzung kommen, weil nicht wenige Russland-Experten aus Medwedew unbedingt einen demokratischen Oppositionellen und Gegenspieler Putins machen wollten. Der Ämtertausch in Moskau dürfte diesen Eindruck korrigiert haben. Schließlich war bereits bei Medwedews Amtsantritt erkennbar, dass Putin keinen Liberalen an die Macht bringen würde, um eines seiner wichtigsten politischen Ziele zu konterkarieren: die Rückkehr Russlands als Großmacht.

Wladimir Putin wurde am 4. März 2012 mit 64 Prozent der Stimmen zum dritten Mal zum Präsidenten Russlands gewählt. Auch wenn die OSZE-Wahlbeobachter den Urnengang weder als fair noch als frei bewerteten, dürfte Putin die Wahl auch ohne die beobachteten massiven Verletzungen des Wahlgesetzes gewonnen haben. Die Kritik an Putin in den westlichen Medien spiegelt die allgemeine Meinung der Russen nicht wider, auch wenn er „nur“ von 45 Millionen der insgesamt 109 Millionen Stimmberechtigten gewählt wurde.

Das Abschneiden Putins führt der bekannte Ökonom Alexander Zipko darauf zurück, dass die Menschen heute vom Präsidenten mehr Respekt und die Beachtung der bürgerlichen Rechte verlangten. Viele Russen hätten das Chaos vor der Putin-Ära verdrängt und hielten den erreichten bescheidenen Wohlstand inzwischen für selbstverständlich. Noch vor vier Jahren habe das Volk Putin wie einem Messias zugejubelt, jetzt gehe es ohne Angst gegen ihn auf die Straße. „Wir leben also in einem demokratischen Land“, meint Zipko.

„Stark sein“

Vor der Präsidentschaftswahl veröffentlichte Putin einige Namensartikel, in denen er seine politischen Visionen und seine Agenda für die dritte Amtszeit erläuterte. Internationale Beachtung fanden insbesondere seine sicherheitspolitischen Richtlinien „Stark sein: Garantien für die nationale Sicherheit Russlands“ in der *Rossijskaja gazeta*. Darin machte er deutlich, dass Russland „auf keinen Fall vor der strategischen Abschreckung zurückweichen“ werde: „Wir können unsere internationale Politik, unsere Wirtschaft und unsere demokratischen Institutionen nicht entwickeln, wenn wir Russland nicht verteidigen können.“

Als Haupthindernis in den Beziehungen zu den USA und der NATO sieht Moskau also die geplante europäische Raketenabwehr, die Russlands strategisches Waffenarsenal neutralisieren könnte. Im Gegenzug werde Russland nicht in eine eigene Raketenabwehr investieren. Dies sei zu teuer und ineffektiv. Stattdessen sollen Raketen entwickelt werden, die die feindliche Raketenabwehr durchbrechen könnten. Der Rüstungsindustrieversprach der Kandidat 700 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren.

Ein Blick auf die Militärausgaben der USA mit jährlich 700 Milliarden US-Dollar relativiert Putins Ambitionen je-

doch. Auch in der russischen Presse wird sein Vorhaben eher belächelt: Die Korruption in der Rüstungsindustrie und die veralteten Fabriken sind allgegenwärtig. Zudem beklagen der Verteidigungsminister und der Generalstabschef regelmäßig, dass die Rüstungsindustrie zwar das Geld für die Aufträge annahme, aber nur einen Bruchteil des bestellten Kriegsgeschäfts liefere. Daraufhin versprach Putin, die Korruption in der Rüstungsindustrie als Staatsverrat zu betrachten und hart zu bestrafen. Auffallend war, dass der Präsidentschaftskandidat dieses Mal auf rhetorische Attacken gegen die NATO und die USA verzichtete. Vielleicht hat er bemerkt, dass die Russen ihm einfach nicht mehr glauben, dass ihre Einbußen auf das Konto der NATO gehen.

Tatsache ist, dass Wladimir Putin aus den Ursachen des Zusammenbruchs der UdSSR gelernt hat: Nicht ohne Grund wird in sicherheitspolitischen Dokumenten immer festgehalten, dass sich Russland nicht mehr in einen erneuten Rüstungswettlauf hineinziehen lasse. „Es sollte anerkannt werden, dass es sich beim Zusammenbruch der Sowjetunion um die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts handelte“, erklärte Präsident Putin im Jahr 2005. Deshalb werde Moskau versuchen „zurückzuholen, was mit dem Auseinanderbrechen der UdSSR verloren gegangen“ sei.

Ein geeignetes Instrument dazu war die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): Sie wird für die weitere wirtschaftliche und militärische Integration des postsowjetischen Raums eingesetzt. Daran anknüpfend, sieht Putin Russland heute vor eine „ambitiöse Aufgabe“ gestellt: die Schaffung einer Euroasiatischen Union. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, stellte er jedoch klar: Niemand habe die Absicht, „die Sowjetunion auf die eine oder andere Art

und Weise wiederherzustellen“. Es wäre „naiv, das reparieren oder kopieren zu wollen, was in der Vergangenheit liegt“. Russlands Nachbarn bleiben skeptisch.

Bei aller berechtigten Kritik an den Verhältnissen in Russland sollte man nicht vergessen, dass der Zerfall der kommunistischen Diktatur erst zwanzig Jahre zurückliegt. Die Russen sind selbstbewusst genug, um an die Herrschaft Wladimir Putins harte Forderungen zu stellen. Ihre Geduld kennt Grenzen, weil sie schon heute und nicht erst in zwanzig Jahren in Wohlstand und sozialer Sicherheit leben wollen. Dabei hat die dünne Mittelschicht nur zu gut verstanden, dass das korrupte Netzwerk aus Bürokratie und Staatsparteien die wirtschaftliche Entwicklung Russlands verhindert: Zum einen profitiert vom Verkauf der Ressourcen nur eine kleine Schicht, zum anderen verbaut sich das Land seine Zukunft als Industrienation, indem es sich mit der Rolle eines Rohstofflieferanten für die anderen Industrienationen begnügt. Neben den Forderungen nach einer wirtschaftlichen Modernisierung wollen die Menschen mehr demokratische Mitsprache. Wenn Präsident Putin diese berechtigten Anliegen nicht ernst nimmt, besteht die Gefahr, dass das Riesenreich im sich verschärfenden globalen Wettbewerb ebenso untergeht wie vorher die Sowjetunion.

Die wohl bekannteste russische Soziologin Olga Kryschtanowskaja meint, Putin 3.0 werde ideologisch neu starten: Seine dritte Amtszeit werde kein „Tauwetter, sondern eine globale Erwärmung“ zur Folge haben. Auf die Frage eines Journalisten, ob er sich in sechs Jahren erneut um die Präsidentschaft bewerben werde, antwortete der frisch gewählte Putin: „Požuëm – uvidim“: Lasst es mich mal durchkauen, dann schauen wir, wie es weitergeht ...